

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

16. WP -33. Sitzung

am Mittwoch, dem 16. Mai 2007, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Susanne Herold (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Parlamentsforum Südliche Ostsee</b>	<b>4</b>
a) <b>Resolutionsentwurf für das Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 20. bis 22. Mai 2007</b>	
b) <b>Mündlicher Bericht des Landtagspräsidenten</b>	
hierzu: Umdruck 16/918	
<b>2. Nordseekooperation</b>	<b>7</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1125	
hierzu: Umdrucke 16/1860, 16/1885, 16/2005	
- Verfahrensfragen -	

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Parlamentsforum Südliche Ostsee**

#### **a) Resolutionsentwurf für das Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 20. bis 22. Mai 2007**

Zur Entstehung des Resolutionsentwurfs für das Parlamentsforum Südliche Ostsee führt Frau Schmidt Holländer aus, Professor Synak habe es gewagt, zu dem Parlamentsforum einzuladen, nachdem im letzten Jahr Wahlen in Pommern und Westpommern stattgefunden hätten. Das Parlamentsforum sei unter großem Zeitdruck vorbereitet worden, was auch beim Resolutionsentwurf zu spüren sei. Pommern habe geglaubt, es sich einfacher machen zu können, indem man die Federführung der einzelnen Arbeitsgruppen auf die Partnerregionen aufteilte. Pommern selbst habe keine Federführung übernommen, sondern die Leitung der Konferenz. Jede Partnerregion habe daraufhin einen Resolutionsentwurf für ihren Teilbereich vorgelegt, ohne aber ein gleiches Konzept oder einen gleichen Aufbau zu haben. In Pommern seien dann die Beiträge zu einem Beitrag zusammengefasst worden. Der nun vorgelegte Entwurf sei kritisch zu bewerten, möglicherweise habe es Übersetzungsprobleme gegeben. Eine Lösungsmöglichkeit für die Zukunft könne sein, eine Resolution von vornherein auf Englisch zu formulieren.

Im Originalvorschlag Schleswig-Holsteins für den Resolutionsentwurf habe man sich bemüht, sich sehr kurz zu halten und nicht das zu wiederholen, was schon in anderen Dokumenten auftauche. Man habe sich auf die Frage beschränken wollen, wie sich Schleswig-Holstein parlamentarisch einbringen könne, zum Beispiel bei dem von der Landesregierung geplanten maritimen Cluster. Die Formulierungen in der ursprünglichen schleswig-holsteinischen Entwurfsvorlage seien bewusst weich gehalten.

Die ebenfalls der Tischvorlage beigefügte Entwurfsvorlage aus Mecklenburg-Vorpommern sei ebenfalls knapp gefasst. In der Vorlage aus Westpommern hingegen habe man sich dagegen sehr ausufernd geäußert und zum Beispiel Details zum kulturellen Erbe mit aufgenommen. Darüber könne Schleswig-Holstein nicht sehr glücklich sein.

Es seien nun verschiedene Wege diskutiert worden, um ein besser verständliches Produkt zu schaffen. Man könne versuchen, die bisherigen Entwürfe noch einmal zu überarbeiten, um eine verständlichere Fassung zu schaffen. Diese Lösung könne allerdings möglicherweise auf polnischer Seite Befindlichkeiten auslösen. Eine weitere Möglichkeit bestehe darin, sich auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppen als Selbstbindung zu stützen. Mecklenburg-Vorpommern schlage vor, zum Thema Energiepolitik eine kurze Konferenz durchzuführen, beim Parlamentsforum Südliche Ostsee nur eine kurze Erklärung zu dem Thema abzugeben und weitere Schritte auf der Konferenz zu verabschieden.

Einen komplett neuen Resolutionsentwurf zu entwerfen, sei aufgrund der kurzfristigen Vorbereitung in Pommern nicht mehr möglich.

Die Vorsitzende betont ebenfalls, dass das vorliegende Papier so nicht beschlossen werden könne. Notfalls müsse eine kurzfristige Redaktionskonferenz durchgeführt werden, um noch Änderungen vorzunehmen.

Auch LP Kayenburg betont, dass der vorliegende Entwurf seiner Ansicht nach so nicht verabschiedbar sei. Es gebe mehrere Punkte, die der schleswig-holsteinischen Position zuwiderliefe und die auch nicht mit dem schleswig-holsteinischen Entwurf übereinstimmten. Das vorliegende Papier könne als Diskussionsgrundlage dienen, nicht aber das Ergebnis der Konferenz sein.

Abg. Harms weist vor dem Hintergrund des sensiblen Verhältnisses zu Polen auf die Gefahr hin, mit einem korrigierten Entwurf Befindlichkeiten auf der polnischen Seite auszulösen. Dies gelte es zu vermeiden. Er schlägt vor, die zu bildenden Arbeitsgruppen damit zu betrauen, die entsprechenden Themen zu besprechen und auf der darauf folgenden Konferenz feste Beschlüsse zu fassen. So könne die Form gewahrt bleiben.

Die Vorsitzende wendet ein, die Beschlüsse den Arbeitsgruppen nicht zu überlassen, zumal der schleswig-holsteinische Einfluss in einzelnen Arbeitsgruppen relativ gering sei. Sie halte es für besser, erst im Laufe des kommenden Jahres zu einem Beschluss zu kommen.

Abg. Fischer gibt zu bedenken, dass möglicherweise doch während der Tagung in den Arbeitsgruppen Beschlüsse gefasst werden könnten, auf die man einen geringen Einfluss habe, wenn man sich darauf nicht vorbereitet habe. Ein Resolutionsentwurf jeder Art müsse aber mit den Partnern abgestimmt werden.

LP Kayenburg schlägt vor, von dem Titel Resolution wegzukommen und die Entwürfe als Basis für die Diskussionen in den Arbeitsgruppen zu nutzen, um im Jahr 2008 eine Resolution verabschieden zu können.

Vom Abg. Ritzek wird darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die Umsetzung von politischen Vorgaben in Grünbüchern beziehungsweise Weißbüchern der Europäischen Union Eile geboten sei, um dort noch politisches Gehör zu finden. Dies betreffe besonders die maritime und die Energiepolitik.

Die Vorsitzende plädiert für eine in allen Themenbereichen einheitliche Marschrichtung, die darin bestehe könne, ein in englischer Sprache abgefasstes Arbeitspapier zu erstellen.

Frau Schmidt Holländer schlägt vor, in der kommenden Konferenz gezielt nur Verfahrensfragen zu klären und die Federführung festzulegen, da alle drei Themen auch so umfangreich seien, dass man dies rechtfertigen könne. Dies sei auch vor dem Hintergrund sinnvoll, dass die Europäische Kommission ein neues Energiepaket noch in diesem Jahr vorlegen wolle. Dies könne dann in die Beratungen mit einbezogen werden.

LP Kayenburg stimmt Frau Schmidt Holländer zu und führt aus, man müsse mehrheitlich getroffene Entscheidungen vermeiden, die nicht im Interesse Deutschlands seien.

Der Ausschuss kommt überein, auf der Konferenz darauf hinzuwirken, dass ein Arbeitspapier erstellt wird und im kommenden Jahr darüber beschlossen wird.

### **b) Mündlicher Bericht des Landtagspräsidenten**

(überwiesen am 28. Juni 2006 an den **Europaausschuss**, den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 16/918

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Landtagspräsidenten abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Nordseekooperation**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1125

(überwiesen am 15. Dezember 2006 an den **Europaausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Die Vorsitzende schlägt vor, in Anbetracht der großen Anzahl an vorgeschlagenen Anzuhörenden zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen und nach der Sommerpause eine mündliche Anhörung anzuschließen.

Abg. Fischer stimmt dem Verfahrensvorschlag zu und regt an, die durchzuführende mündliche Anhörung nach Sachgebieten zu gliedern.

Abg. Harms schlägt vor, in einer Vorbesprechung mit den europapolitischen Sprechern nach Eingang der schriftlichen Anhörungen gegebenenfalls besondere Projekte auszuwählen, auf die ein besonderer Focus in der mündlichen Anhörung gelegt werden könne.

LP Kayenburg regt an, zur mündlichen Anhörung auch Vertreter der Landesregierung einzuladen; um die Kooperation zwischen Parlament und Regierung zu fördern.

Der Ausschuss kommt überein so zu verfahren.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 10:40 Uhr.

gez. Astrid Höfs  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin